Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der einspalt. Diamanzeile 10 Goldpfennige, von Inserenten direkt aufgegebene Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 6 Goldpfennige. Familienanzeigen, Stellen- u. Wohnungsgesuche 3 Goldpfg. Reklamezeile 50 Goldpfg. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Westfir. 10, Fernspr. 1.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den lfd. Monat 2 Goldmark. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis, Kamen.

Nr. 107 (1. Blatt) Mittwoch, den 7. Mai 1924 52. Jahrgang.

Fast 30 Millionen Wähler an der Urne.

Das ergänzte vorläufige Wahlergebnis.

(W) Vorläufiges amtliches Wahlergebnis, ergänzt nach den bis Dienstag, den 6. Mai, amtlich eingegangenen Meldungen: Es haben erhalten V. S. P. D. 5 973 770 (100 Mandate, davon 80 Kreissitze und 20 durch Verrechnung im Verbands- und auf Reichswahlvorschlag), Zentrum 3 899 022 (65 Mandate, 52 und 13), Deutsche Volkspartei 2 642 843 (44 Mandate, 30 und 14), Deutsch-Nationale 5 755 609 (96 Mandate, 80 und 16), Demokraten 1 697 451 (28 Mandate, 9 und 19), Bayr. Volkspartei 941 982 (16 Mandate, 14 und 2), Kommunisten 3 712 001 (62 Mandate, 42 und 20), Bayr. Bauernbund 683 093 (10 Mandate, 3 und 7), Deutsch-Hannoveraner 318 451 (5 Mandate, 4 und 1), U. S. P. D. 240 972, kein Mandat, Bund der Geußen 58 880, kein Mandat, Christlich-soziale Vereinigung 124 800, kein Mandat, Deutsche Arbeitnehmerpartei 36 130, kein Mandat, Deutsch-soziale Partei 338 356 (4 Mandate, 0 und 4), Freier Wirtschaftsbund 31 122, kein Mandat, Haeußerbund 23 828, kein Mandat, Landliste 568 288 (9 Mandate, 7 und 2), Nationale Freiheitspartei 59 788, kein Mandat, Nationale Minderheiten 133 628, kein Mandat, Partei der Mieter 46 975, kein Mandat, Republikanische Partei 45 795, kein Mandat, Sozialistischer Bund 25 607, kein Mandat, Deutsch-völkische Freiheitspartei 1 917 578 (32 Mandate, 13 und 19), Bayr. Mittelstandsbund 5381, kein Mandat, Völkischer Block 9439, kein Mandat, Nationale Wirtschaftsgruppe 1837, kein Mandat, insgesamt 29 257 116 gültige Stimmen (471 Mandate, 334 und 137).

Alte und neue Männer.

Im neuen Reichstag wird man neben vielen alten Gesichtern auch eine ganze Reihe neuer Männer sehen, am meisten natürlich bei den durch die Gunst der Wähler emporgehobenen Parteien: den Deutschnationalen, den Deutschvölkischen und den Kommunisten. Unter den bisher neugewählten Kommunisten ist bis jetzt keiner, der sich außerhalb seiner Partei bekanntgemacht hätte. Dagegen haben die Deutschnationalen mehrere markante neue Vertreter zu verzeichnen; so den Großadmiral v. Tirpitz, den jungen Fürsten Otto v. Bismarck, den Führer der wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen Wischnewski und Dr. v. Dryander, der bisher nur dem Preußischen Landtag angehört hatte. Unter den neugewählten Vertretern der Deutschvölkischen ist in erster Reihe General Ludendorff namhaft zu machen, und neben ihm der aus dem Münchener Novemberputsch und dem Hitler-Prozeß weit bekannt gewordene Oberamtmann Frick. Vom Zentrum wäre der Pfarrer Ulitzka zu nennen, der freilich schon der Nationalversammlung angehört hat, und bei der Deutschen Volkspartei der Führer des Reichslandbundes Hepp und der frühere Staatsminister Leutheußer, der von Thüringen entsendet wird. Unter den „alten" Männern finden sich in großer Zahl neben den Ministern der jetzigen Regierung auch die „abgekämpften" Mitglieder früherer Regierungen. So wird man neben dem jetzigen Reichskanzler Dr. Marx die früheren Reichskanzler Fehrenbach und Wirth vom Zentrum, Scheidemann, Bauer und Müller-Franken von den Sozialdemokraten und Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei sehen können. Auch die meisten anderen „prominenten" Mitglieder der Parteien kehren zurück. Dagegen scheint der volksparteiliche Abgeordnete v. Kardorff in seinem bisherigen Wahlkreis (Potsdam II) nicht durchgedrungen zu sein.

Deutsch-nationale Bereitwilligkeit zur Bildung einer Reichsregierung.

Die Blätter halten es für sicher, daß die Reichstagskandidaten der Reichsbundliste sich der deutschnationalen Fraktion anschließen werden. Dadurch würde die deutschnationale die stärkste Fraktion des Reichstages werden. In einer Unterhaltung mit einem Vertreter des B. L. erklärte der deutschnationale Führer Hergt die Bereitwilligkeit seiner Partei, eine Rechtsregierung im Reiche zu bilden. Die Deutschnationalen würden als Regierungspartei eine Außenpolitik treiben, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trägt, aber andererseits auch gewillt ist, eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfragen auf dem Wege schleuniger Verständigung herbeizuführen. Dem Gutachten und der Aufforderung zu Verhandlungen setzen die Deutschnationalen nicht von vornherein ein rundes „Unannehmbar" entgegen, wollen aber Vorbehalte, die ganz unverzichtbar seien. Sie [illegible] schaftlichen Lasten niemals zumuten, bevor die häufig genannten Ehrenpunkte befriedigend gelöst seien. Auf keinen Fall würde sich je eine deutschnational beeinflußte Regierung dazu hergeben, Versprechungen mit ihrer Unterschrift zu decken, von deren Unerfüllbarkeit sie nach pflichtgemäßer Prüfung überzeugt ist.

In einer Besprechung des Reichskabinetts teilte der Reichsminister des Innern gestern mit, daß die amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 16. Mai zu erwarten sind. Das Reichskabinett bleibt auf jeden Fall bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amt.

300000 Bergarbeiter ausgesperrt.

Wolffs Büro meldet aus Essen: Die Bergwerksbesitzer haben infolge des Beschlusses der Bergwerksorganisationen in Bochum und Essen seit gestern abend 6 Uhr die gesamte Belegschaft ausgesperrt. Seit dieser Zeit ruht die Arbeit auf sämtlichen Zechen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Von der Aussperrung im Ruhrgebiet werden 300000 Bergarbeiter betroffen. Die Besatzungsbehörden haben nach Meldungen der Blätter erklärt, daß sie strikte Neutralität beobachten werden. Die Haldenbestände für die kohleverbrauchenden Industrien sind gleich null, infolgedessen muß man bei einer längeren Dauer der Aussperrung mit einer Stillegung weiterer Betriebe, vor allen der Metallindustrie rechnen, wodurch weitere 150000 bis 200000 Arbeiter brotlos werden.

Nach Meldungen aus Dresden ist auch in allen Gruben des sächsischen Bergbaues die Aussperrung der Bergarbeiter erfolgt. Die Notstandsarbeiten werden zunächst von den Werkbeamten verrichtet.

Der Betriebsrätekongreß des Ruhrbergbaues für einen Generalstreik.

(W) Die in Bochum tagende Revierkonferenz der Verbände der Bergarbeiter Deutschlands nahm Stellung zu der Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche über die Lohn- und Arbeitszeitregelung. Sie nahm eine Entschließung an, in der sie sich hinter den abgegebenen Beschluß der Konferenz vom 30. April stellt und alle Parolen politischer Parteien, insbesondere der Generalstreikparole der Kommunisten, ablehnt.

(W) Ein ebenfalls in Bochum tagender Kongreß der Betriebsräte des Ruhrbergbaues war außerordentlich gut besucht. 375 Delegierte vertraten 247 Schachtanlagen und Betriebe. Der Bergarbeiterverband war mit 47, die Christlichen mit 27, die Union mit 79, die polnische Berufsvereinigung mit 11, der Verband der Heizer und Maschinisten mit 13, der Deutsche Metallarbeiterverband mit 18, die Syndikalisten mit 16 und der Fabrikarbeiterverband mit 12 Betriebsräten vertreten. Außerdem hatten noch einzelne kleine Organisationen Vertreter entsandt. Der Kongreß war mit starker Kampfstimmung beseelt. Die Delegierten ohne Unterschied der Organisation richteten völlig einmütig ihr Augenmerk auf die gemeinsame Erkämpfung der 7-Stundenschicht unter Tage und der 8-Stundenschicht über Tage sowie ausreichender Löhne. 30 Diskussionsredner sprachen sich dahin aus, daß der auf 123 Zechen vollzogenen Aussperrung der Bergarbeiter durch die Kohlenbarone nur entgegengesetzt werden müsse eine einheitliche Offensive des gesamten Proletariats durch den Generalstreik. Bemerkenswert ist, daß die Delegierten der von der Regie betriebenen Zechen berichten konnten, daß jetzt auch die französische Direktion das Verfahren der 8-Stundenschicht verlangt, obgleich man bis jetzt die 7-Stundenschicht zugelassen hatte. Einmütig wurde beschlossen, Delegationen zu der zu gleicher Zeit tagenden Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes und des christlichen Gewerkvereins zu entsenden. Es begaben sich drei christliche Bergleute zu der Konferenz ihrer Organisation, während drei Leute des Bergarbeiterverbandes die Revierkonferenz ihres Verbandes besuchen sollten. Beide Delegationen hatten den Auftrag, die beiden Konferenzen aufzufordern, sich dem Kampfbeschluß des Betriebsrätekongresses anzuschließen. Große Begeisterung und stürmischen Beifall erntete die telegraphische Nachricht aus Oberschlesien, daß die Berg- und Metallarbeiter auf Beschluß einer oberschlesischen Betriebsrätevollversammlung in den Streik getreten sind. Zahlreiche Redner verlangten auch für Rheinland und Westfalen ein gemeinsames Kämpfen der Bergarbeiter mit den Metallarbeitern für die Erhaltung der 7-Stundenschicht bezw. des Achtstundentages.

Weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Nach vorliegenden Berichten des Reichsarbeitsblattes über den deutschen Arbeitsmarkt im März und Anfang April hat die Arbeitslosigkeit weiter abgenommen. Nur im Bergbau herrschte eine überwiegend ungünstige Entwicklung. Der Beschäftigungsgrad ist im ganzen noch nicht befriedigend. In den Gewerkschaften zählte man am 29. 3. noch 16,6 Prozent Arbeitslose gegen 25,1 Prozent im Februar und 9,9 Prozent Kurzarbeiter.

Auch in der Schweiz Arbeitssperre.

(W) Der Arbeitgeberverband des Schweizer Maschinen- und Metallhandels hat beschlossen, eine allgemeine Arbeitssperre zu verhängen. Es ist danach bis auf Weiteres jeder Firma verboten, irgendeinen Arbeiter einzustellen oder die Arbeiten aufnehmen zu lassen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß der Metallarbeiterverband die 52-Stundenwoche bekämpft.

Gemeindewahlen in Oberschlesien.

Bei den Gemeindewahlen in Oberschlesien haben erhalten: Sozialdemokraten 24 795 (1922: 75 229), Demokraten 11 046 (12 098), Kommunisten 125 448 (36 853), Polen 48 264 (51 026), Deutsch-Völkische 17 552 (0), D.-Soz. 10 702 (22 955), Deutsche Volkspartei 17 768 (36 152), Zentrum 192 170 (204 416), Deutschnationale 101 333 (70 134).

Freude in Newyorker Bankkreisen.

(W) Wie die Newyork Times erfährt, ist man in Newyorker Bankkreisen erfreut über die Nachricht, daß die deutschen Koalitionsparteien über genügend Stimmen verfügen, um die Annahme des Dawesberichtes durch Deutschland sicherzustellen. Diese Tatsache in Verbindung mit der bevorstehenden Rückkehr Morgans nach Amerika lenkt das Interesse auf die Ausgabe der deutschen Anleihe, von der in den Vereinigten Staaten, wie man erwartet, 100 Millionen Dollars gezeichnet werden sollen.

Räumung des Ruhrgebiets nur nach Maßgabe der Zahlungen.

(W) Gestern abend veranstalteten die Vorsitzenden der Handelskammern von Frankreich ein Bankett, in dessen Verlauf Poincaree das Wirtschaftsprogramm der Regierung entwickelte. Der Ministerpräsident führte aus, bis 1914 seien die Beziehungen Frankreichs zum Ausland durch Verträge geregelt gewesen, die die beiderseitige Meistbegünstigung und Kündigungsfristen von durchschnittlich einem Jahre vorgesehen hätten. Seit dem Waffenstillstand habe Frankreich jedoch erkannt, daß die internationalen Wirtschaftsverhältnisse ihm für eine gewisse Zeit nicht mehr gestatten, sich durch allzulange Konventionen zu binden. In nächster Zukunft würde Frankreich mit mehreren Ländern, darunter auch mit Deutschland, Verhandlungen beginnen, die für die Erholung Frankreichs von großer Wichtigkeit seien. Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Poincaree auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen. Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich gern und durchaus spontan die Entschließung der Sachverständigen, wie die Reparationskommission sie ihr zu eigen gemacht habe, annehmen werde, und daß es die deutsche Wirtschaftseinheit wieder herstellen würde, sobald Deutschland das von der Reparationskommission aufgestellte Programm zur Ausführung gebracht habe. Aber man wisse vorläufig weder wann, noch wie, oder ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde. Ueber die in den letzten Wochen von Deutschland gemachten Versuche, ihn, Poincaree, zu täuschen und die Verantwortung für den weiteren Erfolg der Sachverständigengutachten auf Frankreich abzuwälzen, noch das Ergebnis der Reichstagswahlen seien dazu angetan, größeres Vertrauen einzuflößen. Die französische Regierung sei also gezwungen, bei der Politik der Wachsamkeit und Festigkeit zu verharren, und nach wie vor entschlossen, das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Zahlungen zu räumen.

Zum deutsch-russischen Zwischenfall.

(W) Zu der Flucht des Kommunisten Bozenhardt in das Gebäude der russischen Handelsvertretung, teilt das Stuttgarter Polizeipräsidium mit, daß mit dem verunglückten Transport des Kommunisten Bozenhardt die württembergische Kriminalpolizei nichts zu tun habe. Die erfolgte Festnahme sei auf Ersuchen des Untersuchungsrichters des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Stargard durch die dortige Gemeindepolizei erfolgt. Diese führte Bozenhardt dem zuständigen Amtsgericht des Ergreifungsortes zu, welches Bozenhardt nach seiner Vernehmung dem Untersuchungsrichter gemäß dessen Ersuchen zusandte. Der Transport erfolgte durch zwei Gemeindepolizeibeamten des Ergreifungsortes.

Der russische Botschafter Krestinski ist nicht, wie er am Sonntag der deutschen Reichsregierung angezeigt hat, am Montag abend zur Berichterstattung über die Vorfällen in der Berliner russischen Handelsvertretung nach Moskau abgereist. Er hat nach Weisung seiner Regierung die Reise verschoben. Der Aufschub wird allerdings nur von kurzer Zeit sein, denn der Botschafter wird diese Reise noch im Laufe dieser Woche antreten. Wie die Vossische Zeitung mitteilt, sind bei der Durchsuchung der Berliner Handelsvertretung auch Flugblätter gefunden worden, die für eine Agitation unter den Angehörigen der Reichswehr und Beamten der Schupo, die zum Anschluß an die kommunistische Bewegung aufgefordert werden, bestimmt sind.

Sturz des Mecklenburger Ministeriums.

Aus Schwerin wird gemeldet: In der gestrigen Plenarsitzung des Landtages wurde Ministerpräsident Freiher von Brandenstein von der deutschvölkischen Freiheitspartei gestürzt, weil seine Stellungnahme zu dem Sachverständigengutachten nicht der Ansicht der Deutschvölkischen entspricht. Die Soz. schlossen sich dem Mißtrauensantrag an, der mit 30 gegen 27 Stimmen angenommen wurde. Das Staatsministerium erklärte sich mit dem Präsidenten solidarisch und nahm die Abstimmung zu Protokoll.

Westfalen und Rheinland.

Gebühren für Briefsendungen nach dem Ausland.

Kamen, 7. Mai. Bedauerlicherweise werden immer noch Briefsendungen nach dem Ausland von den Absendern häufig unzureichend freigemacht. Insbesondere trifft das bei Sendungen nach Polnisch Oberschlesien und den übrigen Gebieten, die Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles verlorengegangen sind oder die zu der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie gehört haben, zu. Briefsendungen nach Orten in diesen Gebieten, für die früher die Inlandsgebühren erhoben worden sind, unterliegen gegenwärtig, von einigen Ausnahmen (Freie Stadt Danzig, Memelgebiet, Oesterreich) abgesehen, durchweg den Weltpostvereinssätzen oder besonders vereinbarten Gebühren. Anscheinend besteht Unklarheit darüber, zu welchem Lande der Bestimmungsort gegenwärtig gehört und welche Gebühren demnach zu verrechnen sind. Es sei deshalb auf folgende Punkte hingewiesen: a) Für Sendungen nach den an Polen abgetretenen Orten Oberschlesiens gelten nicht die Inlands-, sondern die Auslandssätze; b) Sendungen nach Oesterreich unterliegen den Inlandssätzen; zu dem heutigen Oesterreich gehören jedoch nur die früheren Kronländer Ober- und Niederösterreich, Steiermark (ohne den südlichen Teil), Kärnten, Salzburg, Nordtirol mit Vorarlberg und das Burgenland (mit Ausnahme von Oedenburg und einiger benachbarter Postorte, die zu Ungarn gekommen sind); c) Sendungen nach der Tschechoslowakei und Ungarn unterliegen im allgemeinen den Auslandssätzen, für Briefe, Postkarten und Blindenschriftsendungen besteht jedoch eine ermäßigte Gebühr. Zur Tschechoslowakei gehören das Hultschiner Ländchen, Böhmen, Mähren, der westliche Teil des früheren Oesterr. Schlesien sowie ein Teil des nördlichen Ungarns. Ungarn hat außerdem einen großen Teil seines früheren Gebiets mit Siebenbürgen an Rumänien, einen anderen Teil sowie Kroatien und Slavonien an Jugoslavien verloren. d) Für Sendungen nach Galizien und dem östlichen Teil des früheren Oesterr. Schlesien, die an Polen, nach der Bukowina, Siebenbürgen und dem östlichen Teil des früheren Ungarns, die an Rumänien, nach Krain, dem südlichen Teil von Steiermark, Dalmatien, Kroatien, Slavonien, dem südlichen Teil des früheren Ungarns und Bosnien-Herzegowina, die an Jugoslavien, nach Südtirol und dem Küstenland mit Istrien, die an Italien gefallen sind, gelten die Auslandsgebühren. Durch die unzureichende Freimachung der Briefsendungen entstehen sowohl den Absendern als auch den Empfängern unangenehmen und Zorn-erungen, zumal die letzteren die mit Nachgebühren belasteten Sendungen häufig nicht annehmen. Um die Absender vor Schaden zu bewahren, ist angeordnet worden, daß Sendungen nach den genannten Gebieten, die offensichtlich aus Unwissenheit oder Versehen unzureichend freigemacht sind, den Absendern, soweit sie zu erkennen sind, zur Vervollständigung der Freigebühr zurückgegeben werden. Dabei werden sich aber Verzögerungen nicht vermeiden lassen.

•

Kamen, 7. Mai. (Verschiedenes.) Der Minister für Landwirtschaft hat durch eine Verordnung vom 23. Oktober 1923 das Verbot des Verfütterns von Brotgetreide auch über den 31. Dezember 1923 aufrecht erhalten, wonach Brotgetreide auch gequetscht, geschrotet und sonst verkleinert, sowie Mehl aus Brotgetreide nicht verfüttert und zur Bereitung von Futtermitteln verwendet werden darf. Von dieser Bestimmung können die Reichsgetreidestelle und die von den obersten Landesbehörden in Preußen bestimmten Ortspolizeibehörden für Brotgetreide und Mehl, die zur menschlichen Ernährung nicht geeignet sind, Ausnahmen zulassen. Angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen ein dringender Bedarf dafür besteht, den Landwirten in möglichst weitem Umfange Futtermittel aus der eigenen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, sind die Ortspolizeibehörden angewiesen worden, daß sie von der Befugnis zur Erteilung von Ausnahmen namentlich bezüglich des sogenannten Hinterkorns den Landwirten gegenüber in möglichst entgegenkommender Weise Gebrauch zu machen.

Der Dollar nach der amtlichen Mitteilung vom Dienstag = 4 189 500 000 000 bis 4 210 500 000 000, das englische Pfund = 18 455 000 000 000—18 545 000 000 000, der holl. Gulden = 1 578 500 000 000—1 586 500 000 000, der schweizerische Franken = 746 100 000 000 bis 749 900 000 000, der französische Franken = 272 300 000 000—273 700 000 000.

(50prozentige Erhöhung der Zinssätze.) Die preußische Staatsbank (Seehandlung) hat die Zinssätze für ihr zufließende Bankgelder von 8½ auf 12½% für täglich kündbares Geld und von 7½ auf 11% pro Jahr für Geld von einem Tag zum andern erhöht. Andererseits wird die Seehandlung auch eine Erhöhung der Zinssätze von Geldern, die sie verleiht, eintreten lassen.

(Neue Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge.) Die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge sind neu festgesetzt worden. Sie gehen im Wirtschaftsgebiet Westen für Männer von 90—72, unter 21 von 54—42, für Frauen von 71—56, unter 21 von 41—32, für Ehegatten von 23—20, für Kinder von 18—15 Pf. Die Familienzuschläge eines Erwerbslosen dürfen insgesamt das 1½fache der Hauptunterstützung nicht übersteigen, die selbständigen Unterstützungen mehrerer gemeinsam lebender Familienmitglieder zusammen nicht das 2½fache des höchstunterstützten Mitgliedes der Familie.

§ **Aus dem Amte Unna-Kamen**, 7. Mai. (Diebstähle.) Einem Landwirt in Niederaden entwendeten Diebe nach Durchbrechung der Stallwand 35 Hühner. — Einem Landwirt in Oberaden wurde von seinem Knecht ein im Stall eingestelltes Fahrrad gestohlen. Der Polizei gelang es, das bereits verkaufte Fahrrad zu beschlagnahmen und es dem Eigentümer zurückzugeben.

Pelkum, 7. Mai. Zwei Schützenfeste finden im Monat Mai in unserem Ort statt. Am 17. und 18. Mai feiert der Schützen-Verein Pelkum aus Anlaß seines 95jährigen Bestehens ein großes Schützenfest. Am Samstag und Sonntag darauf begeht der Schützenbund Pelkum sein Schützenfest. — Weitere Schützenfeste finden in Lerche am 31. Mai und 1. Juni bei Heinrich Keitmann und in Nordbögge am 5. und 6. Juli bei Bockelmann statt.

Schwerte, 6. Mai. (Durch Elektrizität getötet.) Beim Baubetrieb des Kraftwerks im Eisenbahnausbesserungswerk Schwerte wurde ein Arbeiter einer Düsseldorfer Firma durch Kurzschluß getötet.

(W) **Dortmund**, 6. Mai. (Verteilung der Stadtverordnetenmandate.) Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für die Stadtverordnetenwahlen werden sich die 68 Sitze voraussichtlich wie folgt verteilen: Deutsche Volkspartei 12 (bisher 12) Deutschnationale 4 (3), Zentrum 14 (25) Demokraten 2 (5), christlich soziale Volksgemeinschaft 1, Kriegsbeschädigten 4, Polen 1, Sozialdemokraten 10 (32) Unabhängige 1, Kommunisten 19.

Dortmund, 6. Mai. Käthe Rahmlow, die Generalsekretärin der Deutschen Volkspartei, wurde gestern, wie die Dortm. Ztg. mitteilt, von den Franzosen verhaftet.

Dortmund, 6. Mai. Das Schwurgericht trat am Montag in der Besetzung mit 3 Berufs- und 6 Laienrichtern zu seiner ersten Tagung zusammen. Verhandelt wurde gegen den 1886 in Dortmund geborenen Arbeiter Friedrich Spieckermann, Blücherstraße 37a wohnhaft, wegen Körperverletzung mit Todeserfolg. Das Schwurgericht erkannte auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft. Gleichzeitig beschloß das Gericht, den Angeklagten mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe sofort in Haft zu nehmen.

(W) **Gelsenkirchen**, 6. Mai. (Gemeindewahl.) Soz. 8666; ost- und westmärkischer Wirtschaftsbund 3167; Unabh. 729; chrstl. Soz. 259; Turn-, Sport- und Jugendpflege 1730; D. Ntl. 5905; Zentrum 24 893; Polen 1104; Dem. 4170, Kommunisten 29 977; D. Vpt. 11 730.

Linden-Dahlhausen, 7. Mai. (Von Einbrechern erschossen.) In der Nacht vom 2. zum 3. ds. Mts. zwischen 12 und 1 Uhr hörten vier die Jägerstraße entlang gehende Einbrecher an der Gabelsbergschule Kugelschüsse abfeuern. In der richtigen Voraussetzung, daß es sich um Einbrecher handelte, gingen die vier Personen dem Geräusch nach und wurden gleich beim Betreten des Schulhofes von Pistolenschüssen empfangen. Hierbei erhielt der Elektrosteiger Wilh. Schöper von hier, Familienvater von sechs Kindern, einen Bauchschuß und zwei Oberschenkelschüsse, an deren Folgen er Samstag gestorben ist. Der Dachdecker Franz Blumenbecker erhielt einen nicht lebensgefährlichen Oberschenkelschuß. Die Täter sind in der Richtung Weitmar—Bochum unerkannt entkommen.

Horst, 7. Mai. (Vom Blitz erschlagen.) Der letzte Samstag brachte ein schweres Gewitter mit einem fast wolkenbruchartigen Regen, so daß die Kanäle das Wasser teilweise nicht fassen konnten und die Straßen überschwemmt wurden. In Horst-Süd schlug der Blitz in den Giebel eines Hauses ein, zündete aber nicht und riß nur einen Teil der Dachbekleidung ab. Auf der Heßler Grenze wurde eine Telegraphenstange von einem kurzen Windstoß umgerissen. An der Metzgerei van Oepen schlug der Blitz in einen aufgespannten Draht, bildete eine helle Lichtgarbe, aber zündete nicht. Ein Menschenleben forderte das Gewitter auf der Baustelle des Bauunternehmers Leibold an der Industriestraße in Horst. Bei dem plötzlich stark einsetzenden Regen flüchteten die zirka 10 Bauhandwerker in die kleine Baubude. Hier saßen sie zu dreien auf einer Bank. Plötzlich ein furchtbarer Donnerschlag, und der mittelste Arbeiter, vom Blitz getroffen, sitzt ganz verstört zwischen seinen Kameraden. Der herbeigerufene Arzt konnte aber nur noch den Tod des Verunglückten feststellen. Der Blitz war zuerst in eine Ecke der Baubude eingeschlagen, hatte hier ein großes Loch gerissen, sprang dann ab und erschlug einen der Arbeiter. Der Verunglückte ist ein junger Mann von 22 Jahren und ein entfernter Verwandter des Bauunternehmers.

Münster, 7. Mai. In der Schwurgerichtsverhandlung wurden die an der Ermordung des 15jährigen Bernhard Fall beteiligten Personen zu folgenden Strafen verurteilt: Wegen Mordes mit versuchter Erpressung der 18jährige Paul Krause zum Tode, der 16jährige Wilhelm Deiters zu 10 Jahren Gefängnis. Friedrich Krause wegen Beihilfe und versuchter Erpressung zu 3 Jahren Zuchthaus.

** **Münster**, 6. Mai. Einen tragischen Ausgang nahm eine politische Auseinandersetzung, die sich hier in einer Wirtschaft abspann. Im Verlaufe des Streites zog einer der Beteiligten einen Revolver und gab auf seine Gegner einen Schuß ab. Einer von diesen, der Kriegsinvalide Möllers, brach in den Rücken getroffen schwer verletzt zusammen und mußte zum Krankenhause gebracht werden. Der Täter, ein Schupobeamter der Essener Hundertschaft, ist verhaftet.

(W) **Essen**, 6. Mai. (Gemeindewahlen.) Abgegeben wurden 214 911 Stimmen, davon entfielen auf die Demokraten 8515, Soz. 25 447, Christlich-Soz. Volksgemeinschaft 6531, Kommunisten 52 487, Deutsche Volkspartei 22 892, Polen 847, Zentrum 63 122, Dntl. Volkspartei 24 776 Partei für Leibesübungen 4955. Es fehlen noch 6 Wahlkreise.

** **Ohligs**, 6. Mai. (Silberdiebe verhaftet.) Nachdem hier bereits zwei schwere Jungens verhaftet worden waren, die zahlreiche Silberdiebstähle auf dem Kerbholz haben, ist jetzt noch ein dritter Beteiligter in Düsseldorf verhaftet und nach hier abtransportiert worden. Dieser hatte den Auftrag, die gestohlenen Silbersachen einzuschmelzen. Man fand in seiner Wohnung große Mengen des gestohlenen Edelmetalls.

** **Opladen**, 6. Mai. Schon wieder hat sich ein Autounfall in unserer Gegend ereignet. Ein Lastauto in Grevenbroich kam aus der Richtung Jüchen; aus der entgegengesetzten Richtung fuhren ein Motorfahrer und ein Personenauto heran. Die Fahrzeuge stießen zusammen, wobei der Motorfahrer so schwer verletzt wurde, daß er gleich in das Krankenhaus transportiert werden mußte. Es ist Fabrikdirektor Fritz Neumann aus Köln.

Düsseldorf, 6. Mai. Sein eigenes Kind gerettet, ohne daß er es wußte, hat hier der Fährmann W. Hartstein. Fahrgäste auf der Hammer Fähre hatten ein treibendes Kind auf dem Rhein beobachtet. Auf das Geschrei der Leute stürzte der Fährmann, der sich in seinem Häuschen befand, sich direkt in das Wasser und rettete unter den größten Mühen das bereits dem Tode des Ertrinkens nahe Mädchen, in dem er dann sein eigenes Kind erkannte.

** **Köln**, 6. Mai. (2 Arbeiter ertrunken.) In den neuen Hafenanlagen ereignete sich ein bedauerliches Unglück. 9 Arbeiter wollten vom Ufer in einem Kahn zu ihrer Arbeitsstätte, einem nahe am Ufer gelegenen Kran, fahren. Dabei kippte der Nachen, wahrscheinlich weil ein Arbeiter zu früh aus dem Kahn auf den Kran absprang, um und die 8 anderen Arbeiter fielen in den Rhein. Während 6 gerettet wurden, konnten die zwei übrigen nur als Leichen geborgen werden.

Die englisch-belgische Unterredung über den Sachverständigenbericht.

(W) Wie Reuter erfährt, ist über den Inhalt der englisch-belgischen Unterredung, die während des Wochenendes stattgefunden hat, keine amtliche Mitteilung ausgegeben worden. Es sei lediglich bekannt, daß die Zusammenkunft außerordentlich befriedigend verlaufen sei, andererseits aber sei klar, daß Belgien und England keine endgültigen Beschlüsse fassen konnten in Fragen, an denen noch zwei andere Parteien interessiert seien. In den maßgebenden Kreisen Londons bestehe der Wunsch, daß eine alliierte Konferenz über den Dawesbericht, sofern dieselbe für zweckdienlich gehalten werde, sobald als möglich stattfinde. Eine endgültige Regelung könne jedoch nicht getroffen werden, bevor nicht die belgischen Minister am 18. 5. in Mailand mit Mussolini zusammengetroffen wären, und die Ergebnisse der französischen Wahlen bekannt seien.

(W) Times erklärt über die Unterredungen in Chequers, daß die belgischen Minister das Ergebnis ihrer Unterredung als befriedigend ansehen. Bezüglich der Sanktionen bestand eine weitere Kluft zwischen den ursprünglichen Ansichten Englands und Frankreichs. Poincaree wünsche, daß die Art der Sanktionen, die im Falle eines deutschen Verzuges angewendet werden sollten, vorher bestimmt werden, damit ihre Anwendung automatisch erfolgen könne. Die Ansicht der belgischen Minister sei, wie laut Times angenommen werde, in dieser Hinsicht in Uebereinstimmung mit der Poincarees gewesen. Inbezug auf die Kontrolle der Bahnen vertrete Marschall Foch, wie bekannt sei, energisch die Ansicht, daß es ratsam sei, französische Truppenteile im Ruhrgebiet zu belassen, nachdem die Kontrolle der Bahnen aus den Händen Frankreichs und Belgiens genommen worden sei. Times zufolge liegt in dieser Frage die Ansicht Belgiens vermutlich eher auf Seiten des friedlichen Standpunktes, wonach keine Notwendigkeit besteht, irgendwelche Truppen im Ruhrgebiet zu überschossen, nachdem einmal alle Garantien gemeinsam in Händen der Alliierten seien.

Eine Pariser Nachrichtenagentur berichtet aus Rom: In politischen Kreisen glaubt man, es werde demnächst eine Zusammenkunft zwischen Mussolini und Poincaree stattfinden. Man erklärt auch, daß Mussolini das italienische Königspaar nach London begleiten werde. Die Reise soll aber keinen politischen Charakter haben.

Die großen juristischen Staatsprüfungen im Jahre 1923.

Der Präsident des Juristischen Landesprüfungsamtes gibt soeben eine Uebersicht über die Ergebnisse der großen juristischen Staatsprüfungen für Referendare in Preußen heraus. Der erste Teil umfaßt statistisches Material, im zweiten Teil werden allgemeine Bemerkungen, die auf den bei den Prüfungen gemachten Erfahrungen beruhen, angeknüpft. Der Amtliche preußische Pressedienst veröffentlicht einige Angaben der Uebersicht, die von allgemeinerm Interesse sein dürften. Im Jahre 1923 haben 1062 Referendare die große Staatsprüfung abgelegt. Mit Einschluß derer, die im Jahre 1922 in der Prüfung verblieben waren, betrug die Gesamtzahl der Referendare, die sich in der Prüfung befanden, insgesamt 1404. Hiervon kamen 16 durch Krankheit, anderweitige Vorbereitung usw. in Fortfall, so daß 1388 übrigblieben. Von diesen wurden mündlich und schriftlich 1080, nur schriftlich 2 geprüft, so daß in der Prüfung 306 Referendare verblieben. Es bestanden die ordentliche Prüfung 716, die außerordentliche 116 Kandidaten, und zwar mit Auszeichnung 4, mit gut 100, voll befriedigend 172, ausreichend 556. Nicht bestanden die ordentliche Prüfung 208, die außerordentliche Prüfung 42. Hiernach bestanden im Jahre 1923 überhaupt 76,89 v. H. (1922 72,9 v. H.); nicht bestanden wurden 1923 11 Examen (1922 27,1). Das Ergebnis des Berichtsjahres ist also etwas günstiger als das des Vorjahres, jedoch, wie der Jahresbericht hervorhebt, noch längst nicht so günstig, wie dies im allgemeinen Interesse und im Interesse der Referendare selbst erwartet werden muß. Die Unzulänglichkeit der Ausbildung ist nicht zum geringsten darauf zurückzuführen, daß die mit der Vorbereitung der Referendare beauftragten höhern Justizbeamten nicht immer diesem Zweige ihres Dienstes das erforderliche Verständnis und Verantwortungsgefühl entgegengebracht haben. Dies beweisen die immer wiederkehrenden Klagen der Referendare, die ausbildenden Beamten hätten sich nicht genügend um sie bekümmert, man habe ihnen zwar Arbeiten zugeteilt, sie aber nicht mit ihnen besprochen usw. Mögen auch diese Klagen von Referendaren, die ihre Mißerfolge zu beschönigen suchen, übertrieben sein, so finden sie doch eine Bestätigung darin, daß oft in Zeugnissen über spätere Bildungsabschnitte der Vorwurf erhoben wird, der Erfolg früherer Ausbildungsabschnitte werde vermißt, obwohl über diese Leistungen gute Zeugnisse ausgestellt seien. Diese Mißstände können nur dadurch abgestellt werden, daß vor allem die Landgerichtspräsidenten sowie alle zur Leitung und Beaufsichtigung des Vorbereitungsdienstes berufenen Stellen dieser Aufgabe eine verschärfte Aufmerksamkeit zuwenden; mit der Erziehung und Ausbildung der Referendare dürfen, so schließt der Bericht, nur Männer beauftragt werden, die in der Ausbildung des Nachwuchses eine der vornehmsten Dienstpflichten erblicken.

Verbilligung des Krankseins.

Möglichst einfache und sparsame Behandlungsweise.

In einer Sitzung des Reichs-Gesundheitsamtes haben sich einige führende Aerzte darüber ausgesprochen, „wie sich die ärztliche Behandlung der Kranken angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Notlage der Bevölkerung sparsam und doch sachgemäß gestalten ließe". Aus dem Gutachten des Berliner Professors Geh.-Rat Kraus, das in der Deutschen Med. Wochenschrift veröffentlicht wird, seien einige Anregungen mitgeteilt, die für die Allgemeinheit von höchster Wichtigkeit sind.

Kraus fordert, daß der Arzt heute sorgfältiger als früher bei jedem Krankheitsfall prüfen muß, ob überhaupt Arzneimittel notwendig sind. Die „Vielverschreiberei", die zum Teil auch mit Rücksicht auf den Kranken, der „etwas sehen" will, bisher vielfach geübt wurde, muß als unnötige Verschwendung aufgegeben werden. Auch hat der Arzt darauf aufmerksam zu machen, ob er nicht durch andere Heilmaßnahmen den gleichen Erfolg billiger erreichen kann wie durch die teuren Medikamente. Sodann darf der Arzt nicht mehr verordnen, als unbedingt notwendig ist, und soll darauf achten, daß der Kranke sich einfacher Arzneien, wie Tees und Lösungen nicht stark wirkender Stoffe, im Haushalt selbst zubereitet. Bei der Auswahl der Arzneimittel sind die „Ersatzformen", die billiger sind als die geschützten Medikamente, zu bevorzugen, wenn sich mit ihnen dasselbe erreichen läßt. Ebenso soll man nicht durch Geschmacksverbesserungen des Mittels, die nicht unbedingt notwendig sind, die Arznei verteuern.

Sodann ist die Form der Arzneimittel möglichst wohlfeil zu gestalten. Einzelpulver sind im allgemeinen die teuerste Form; fabrikmäßig hergestellte Tabletten sind erheblich billiger, und Pillen kosten in der Anfertigung durchschnittlich 2½mal weniger. An Bäderkuren läßt sich sehr oft sparen, indem man die Kranken in bescheidene Sommerfrischen schickt oder am Ort selbst eine Kur durchmachen läßt. Insbesondere hat der Arzt zu prüfen, ob und welche Mineralwasser und Quellprodukte des Inlandes an die Stelle von teuren ausländischen Erzeugnissen treten können, und ob nicht künstlerische Präparate dasselbe leisten wie die abgefüllten Mineralwässer. Bei der Verordnung einer Diät soll darauf Rücksicht genommen werden, wie mit den billigsten Mitteln die beste Wirkung erzielt werden kann. „Es gibt viele Fälle," sagt Kraus, „in denen der Arzt durch eine eingehende Beschäftigung mit seinem Kranken, durch Zuspruch und Aufklärung über die geeignete Lebensweise, ferner durch Diätvorschriften oder andere Maßnahmen an kostspieligen Medikamenten und anderen Dingen sparen kann, ohne den Kranken auch nur im geringsten gesundheitlich zu benachteiligen."

Einer scharfen Kritik werden sodann die Verhältnisse bei den Krankenkassen unterzogen, bei denen sehr unwirtschaftliche und den Kranken schädigende Methoden herrschen.

In den Leitsätzen, die der Reichsgesundheitsrat aufgestellt hat, kehren diese Vorschläge von Kraus zum großen Teil wieder. Auch hier wird eine möglichst einfache und sparsame Behandlungsweise gefordert, zugleich aber hervorgehoben, daß das wirksamste Heilmittel, auch wenn es teuer ist, doch stets sich als das billigste erweist. Bei den neuesten Arzneimitteln soll der Arzt nur solche empfehlen, die bereits durch eine längere Erfahrung erprobt sind. Die Wichtigkeit der individuellen Behandlung des Kranken, der Aufklärung und Unterweisung durch den Arzt wird ebenfalls hervorgehoben.

•

Baden schuldenfrei.

Der badische Staatspräsident Köhler teilte in einer Wahlversammlung u. a. mit, es sei gelungen, die Staatsfinanzen durch die Stürme der Inflation unversehrt hindurch zu bringen. Der Abschluß vom 31. März 1924 zeige nicht nur keinen Fehlbetrag, sondern sogar einen kleinen Ueberschuß. Der Kredit des Landes sei durchaus ungeschwächt. Baden stehe heute schuldenfrei da. Der Staatspräsident erklärte fernerhin, über die Höhe des Betrages, den Baden nach dem Staatsvertrag für die Hergabe seiner Bahnen an das Reich von diesem erhalten soll, würden erneute Verhandlungen mit dem Ziele einer Neuregelung eingeleitet werden. Die badische Regierung sei bestrebt, auch eine Regelung mit der Reichspostverwaltung zu treffen.

Ein französisch-deutscher Handelsvertrag

Nach dem „Matin" hat der Handelsminister Loucheur die Grundlinien für ein französisch-deutsches Handelsabkommen entworfen. Dieses Abkommen soll die Januar nächsten Jahres fälligen Abmachungen ersetzen, die kraft des Versailler Vertrages zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Elsaß-Lothringen getroffen worden seien. Der „Matin" hebt hervor, daß, wenn die französische Regierung sich rechtzeitig an den Völkerbund gewandt hätte, der bisherige Zustand hätte verlängert werden können.

Gewerkschaftsvertreter gegen die Lüge von der deutschen Kriegsschuld.

Auf der in Florenz tagenden Konferenz der Internationalen christlichen Eisenbahnergewerkschaften nahm der Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner Stellung zur Kriegsschuldfrage. Veranlassung hierfür waren insbesondere die Behauptungen der französischen Delegierten, die bereits auf dem vorjährigen Kongreß auch diesmal wieder Deutschland der Kriegsschuld bezichtigen. Der deutsche Vertreter Brune, der zweiter Vorsitzender der Internationale ist, trat dieser Behauptung sehr energisch entgegen und machte das Verbleiben seiner Gewerkschaft in der Internationale von der einstimmigen Annahme einer Erklärung abhängig. In dieser Erklärung wurde die Behauptung, Deutschland sei schuld am Kriege, zurückgewiesen, und betont, die Einstellung der französischen Gewerkschaften in dieser Frage sei nicht geeignet, das internationale Zusammenarbeiten der christlichen Arbeitergewerkschaften zu fördern und zu festigen. Diese Erklärung wurde nach einer sehr erregten Debatte von der Versammlung, auch von der französischen Delegation angenommen. Die sachlichen Beratungen konnten daraufhin aufgenommen werden.

Der Stand des belgischen Heeres.

Die Nation Belge führt seit einiger Zeit einen ununterbrochenen Feldzug gegen den belgischen Kriegsminister Forthomme, dem das nationalistische Blatt den Vorwurf macht, die Armee zu vernachlässigen. In seiner Antwort auf die verschiedenen Anschuldigungen sagt der Minister, daß die belgische Armee jetzt viel besser organisiert sei als 1914. Belgien verfüge über 5500 Offiziere gegenüber 3500 vor dem Kriege. Jährlich würden jetzt 74 000 Mann unter die Waffen gerufen, 1914 nur 48 000. Vor dem Kriege verfügte Belgien über eine nur geringe Zahl von Flugzeugen, jetzt halte es 257 von den 356, die es eigentlich nötig habe. Auch die Artillerie sei bedeutend besser als 1914. Außerdem verfüge Belgien jetzt über moderne Kriegsmittel, wie Panzerautomobile, Radioapparate usw.

Rumänische Anleihe und Bündnisfrage.

„Times" berichtet, es verlaute, daß der rumänische Außenminister Duca, dessen inkognito weiler Besuch in London sowohl einen politischen wie auch einen finanziellen Zweck gehabt habe, mit dem Ergebnis seiner Unterredung sehr zufrieden sei. Es werde Geld benötigt für die Reorganisierung der rumänischen Armee, das, wenn Rumänien es nicht in London erhalten könne, in Paris beschafft werden müßte. Andere Erwägungen seien bei allen Verhandlungen über diese Frage mit Frankreich zu berücksichtigen, die bei einer Vereinbarung mit britischen Finanzinstituten vermieden werden könnten. Der Gedanke eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rumänien, der zuerst von Frankreich angeregt worden sei, scheine keine großen Fortschritte zu machen. Die Verteidigung der bessarabischen Grenze gegen einen eventuellen russischen Angriff werde ohnehin von Poincaree nicht für tunlich erachtet.

Coolidge für Ausschluß der Japaner.

Nach einer Meldung der „Associated Preß" aus Washington hat sich Präsident Coolidge für den Ausschluß der Japaner ausgesprochen. Coolidge zweifelt nicht, daß die Ausschließungsbill Gesetzkraft erlangen wird, sucht aber in Besprechungen mit Parteiführern des Kongresses darauf hinzuwirken, daß die Angelegenheit in einer für Japan annehmbaren Form erledigt wird. Diese Stellungnahme hat der Präsident im Weißen Hause unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Ein offizielles Kommuniquee ist nicht ausgegeben worden.

Hauseinstürze in Rußland.

Vor kurzem stürzte in Odessa ein vierstöckiges Riesenwohnhaus ein und begrub die Einwohner unter den Trümmern. Die Zahl der Opfer wird verheimlicht. Nun weist auch das 6stöckige Riesengebäude der Verbände einen gefährlichen Riß auf. Die Eitelkeit ließ einzelne Grundbesitzer trotz der Billigkeit des Bodens in Odessa, Moskau „amerikanische Wolkenkratzer" erbauen. Wenn solche scheußliche Steinhaufen durch das Vorhandensein von Fahrstühlen noch einen Sinn erhalten, so werden sie doch, wenn diese, wie es die Regel ist, versagen, nur von kletterfreudigen Personen als Kulturerrungenschaft begrüßt werden. Ferner stürzte in Odessa ein 5stöckiges Haus ein. Bei seinem Abbruch wurden 4 Personen schwer verletzt. Eine große Anzahl von Häusern, weit über 100 Stück, sieht vor dem Einsturz. Schuld daran ist vor allem die verwahrloste Wasserleitung, die die Häuser unterspült, ferner der unsichere Küstenboden mit seinen ständigen Erdrutschen, schließlich aber auch die skrupellose Art des Baues und die Verwahrlosung der Häuser. Da diese Häuser nicht Privateigentum sind und die aus unkultivierten Elementen bestehende Kommunalverwaltung überhaupt kein Verständnis für in Ordnung gehaltene Häuser hat, wird für die Instandsetzung kein Finger gerührt. Dasselbe Bild sieht man in Moskau, wo die alten Bauten fast allmählich ruinenhaft aussehen und Balkone und Gesimse den Passanten auf die Köpfe stürzen, so daß man in einzelnen Straßen in einer Ruinenstadt zu weilen wähnt, ähnlich ist es auch in Petersburg-Leningrad. Dort krachte jüngst an der Ligowskaja das Dach eines Hauses unter der Schneelast zusammen und zerstörte die ganze Hausfassade. Da des sumpfigen Bodens wegen in Petersburg keine Wolkenkratzer gebaut werden, ist die Gefährdung der Umgebung durch die Einstürze nicht so groß wie anderweitig. Aber nun heißt es, daß die riesige Isaakskathedrale baufällig geworden sei. In der Zarenzeit wurde an diesem auf mächtigen Pfahlrosten erbauten Kirchenkoloß alljährlich herum gedoktert. Nie sah man die herrliche Kathedrale ohne Baugerüste, denn stets hatte sich der Boden irgendwo unter dem Fundament gesenkt. Nun aber sollen für Kirchenbauten keine Aufwendungen gemacht werden und die stolze Kathedrale gefährdet nun die Nachbarschaft in weitem Umkreise.

Flugzeuge als Hilfsmittel bei Hochwasser.

Dem Nachrichtenblatt der Junkerswerke-Dessau entnehmen wir folgenden Bericht:

In den letzten Wochen drohte im Gebiet der Weichsel, insbesondere um Danzig, große Ueberschwemmungsgefahr. Bereits an der mittleren Weichsel richtete der Strom mannigfachen Schaden an. Innerhalb von Warschau überschritt das Wasser den Höchststand vom Jahre 1888 und eine große Eisverstauung von 2 Kilometer Länge mußte mit allen Mitteln bekämpft werden, sogar durch schwere Artillerie und Flugzeugbomben. Mit großer Besorgnis sah daher der Hochwasserschutz des Danziger Senats den kommenden Tagen entgegen. Gern nahm er das Anerbieten der „Danziger Luftpost" an, ein Junkers-Wasserflugzeug im Erkundigungsdienst zu verwenden. Dieser neuartige Einsatz des Junkers-Flugzeuges war von vollem Erfolg und die Presse berichtete über die guten Erfahrungen, welche man dabei machte.

Gegen 2 Uhr nachmittags startete das Wasserflugzeug von Schellmühl. In zehn Minuten war die eigentliche Weichselmündung erreicht. Wir nahmen unseren Kurs zunächst weichselaufwärts. Der erste See ist das Ueberschwemmungsgebiet zwischen Fluß und Neutech. Beim Näherkommen ist jedoch deutlich zu erkennen, daß eine eigentliche Gefahr für die Bewohner nicht vorhanden ist. Wohl ist viel überschwemmt, doch ist die Tiefe gering, wie an den noch aus dem Wasser ragenden Felderumgrenzungen zu erkennen ist. Weiter geht es in etwa 300 Meter Höhe in der Richtung Dirschau, wo südlich Gütland ein zweiter See sichtbar ist. Die eigentliche Ueberschwemmungszone liegt auf polnischem Gebiet. Sie ist ein großes tiefes Wasser, in dessen Mittelpunkt zwei Gutshöfe stehen, die völlig von der Außenwelt abgeschnitten sind. Die Spitzen einiger Drahtzäune schauen noch über den Wasserspiegel hinweg. Nur an den Baumreihen sind einige Wege kenntlich sonst ist alles wie ein weiter See. über den der Wind starke Wellen bläst.

Wir gehen bis auf fünf Meter hinunter und kreisen, die Gänse fliegen erregt aus den Gehöften, ein Bauer erscheint in der erhöhten Toreinfahrt.

Wenn auch hier eine direkte Lebensgefahr noch nicht bestand, so wollten wir doch den Beweis erbringen, daß die Bewohner bei weiterem Steigen des Flusses mühelos gerettet werden könnten. Also „Gas weg", herunter auf das Wasser. Dann schwimmen wir mit langsam laufendem Propeller auf den Gutshof zu. Der Bauer brauchte jedoch unsere Hilfe nicht, da seine Angehörigen in Sicherheit gebracht waren und er selbst bis zum Aeußersten aushalten wollte — Also wieder „Gas!" Nach 20 Sekunden hoben wir uns vom Wasser ab, gingen über eine Telegraphenleitung in der Kurve hinweg und waren in wenigen Minuten über der eigentlichen Weichsel. Mit Rückwind ging es an Dirschau vorbei, bis zur Nogat. Hier drehten wir bei, um unsere Meldung auf der Funkenstation abzugeben, welche sich während der Zeit des Hochwassers auf dem Weichseldamm bei Letzlau befindet.

Trotz des starken Eisganges über dem eigentlichen Weichselbett konnten wir dicht am Damm selbst, wo weniger Schollen trieben, glatt landen. Das Flugzeug wurde am Ufer festgemacht, wobei die vielen Schaulustigen freudig halfen.

Keine Urlaubsvergütung an einen bei Betriebsstillegung Abgekehrten.

Vor dem Berggewerbegericht Dortmund, Kammer 4 (Dortmund 2), hatte ein Bergmann auf Gewährung einer Urlaubsvergütung geklagt und dabei geltend gemacht: Er sei am 27. Oktober 1923 von der Beklagten der Erwerbslosenfürsorge zugewiesen worden und am 31. Januar 1924 entlassen worden. Indem am 1. April 1923 begonnenen Urlaubsjahr hat er seinen Urlaub nicht mehr erhalten. Er beantragte, für den entgangenen Urlaub eine Entschädigung in Geld entsprechend der Dauer seiner Beschäftigung bei der Beklagten während des Urlaubsjahres 1923-24. Die Beklagte beantragte Abweisung der Klage. Nach § 4 Absatz 3 des Tarifvertrages für die Bergarbeiter hätten Kläger für das Urlaubsjahr 1923—24 fünf Urlaubstage zugestanden. Drei Tage seien ihm gemäß § 4 Absatz b des Tarifvertrages wegen willkürlichen Feierns in Abzug gebracht worden, so daß er nur noch zwei Tage Urlaub zu beanspruchen gehabt hätte. Die Urlaubserteilung sei auf Wunsch der Belegschaft in der Weise geregelt, daß die Beurlaubung nach dem Dienstalter der Belegschaftsmitglieder erfolge. Da Kläger erst seit Juni 1922 bei ihr beschäftigt gewesen wäre, so hätte er erst zu Ende des Urlaubsjahres berücksichtigt werden können. Hierauf sei es zurückzuführen, daß er bei der Stillegung des Betriebes am 26. Oktober 1923 noch keinen Urlaub gehabt hätte. Am 17. Oktober 1923 sei Kläger infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse der Erwerbslosenfürsorge zugewiesen worden. Mit dieser Ueberweisung hatten auch die Leistungen nach dem Tarifvertrage, mithin auch die Urlaubsvergünstigungen aufgehört. Die Klage wurde vom Berggewerbegericht mit folgender Begründung abgewiesen: Nach § 13 der Arbeitsordnung haben im Falle der vollständigen oder teilweisen Unterbrechung des Betriebes wegen Störungen, Mangel an Absatz oder aus anderen Gründen die davon betroffenen Arbeiter keinen Anspruch auf Lohn, und somit auch nicht auf die anderen tariflichen Bezüge. Infolge der wirtschaftlichen Lage hat eine erhebliche Einschränkung des Betriebes und eine umfangreiche Entlassung von Belegschaftsmitglieder stattfinden müssen. Auf Grund der protokolarischen Erklärungen zu Ziffer 5 Absatz 4 des Tarifvertrages für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier steht einem gekündigten Arbeiter nur dann noch Urlaub zu, wenn der vorgesehene Urlaub nicht über den Ablauf der Kündigungszeit hinausgeht. Kläger wurde bereits vor der Zeit, in der er bestimmungsgemäß seinen Urlaub erhalten soll, entlassen. — Mit der gleichen Begründung war bereits am 18. März eine gleiche Klage von derselben Schlichtungsinstanz abgewiesen worden.

Ein wiedergefundenes Dorf.

Einen interessanten Fund machte man auf der Gemarkung „Wittumhof" in der Nähe des bekannten Kirchleins am Weinfelder Moor; dort, wo das Pfarrhaus der ehemaligen Pfarrei Weinfeld stand, stieß man beim Pflügen des Feldes auf eine dicke Mauer, die jetzt freigelegt ist. Sie ist etwa 50 Zentimeter dick, aus Hasselsteinen und Kalkmörtel aufgeführt und außen mit Lehm verputzt. Auch behauene Steine, die wahrscheinlich von Fensternischen herrühren und Ornamente aufweisen, sowie Knochen von Tieren und viele schmiedeeiserne Nägel wurden gefunden. Bekanntlich ist der Ort Weinfeld in den Jahren 1512—62 vom Erdboden verschwunden, nicht durch vulkanische Ereignisse, als vielmehr durch stark epidemisch auftretende Krankheiten und durch eine große Feuersbrunst von der die vielen verkohlten Steine in den gefundenen Mauerresten hier noch deutlich Spuren aufweisen. Das Kirchlein am Totenmoor aber ist als einziger Zeuge dieser uralten Pfarrei, von der man jetzt wieder Ueberreste gefunden hat, erhalten geblieben.

Die Seife in China und Japan.

Das viel, fast zuviel zitierte Wort Justus v. Liebigs von der Seife als dem kulturellen Gradmesser eines Volkes läßt sich auch auf Ostasiens anwenden, wo sowohl in China wie in Japan die Seifenindustrie von großer und immer wachsender Bedeutung geworden ist. Die Herstellung und die dabei angewandten Verfahren gleichen vollkommen den Fabrikationsmethoden der europäischen und amerikanischen Seifenfabriken. Besonders die japanischen Fabriken liefern alle Sorten Seife, in erster Linie aber Toilettseifen, und die gesamte hergestellte Menge an Toilettseife ist in Japan weit größer als die der industriellen und Haushaltseifen zusammen. Die größten Seifenfabriken sind in Tokio, Osaka und Amagasaki. Ueberdies verbraucht Japan die meisten Seifen, die es herstellt, im eigenen Lande; man weiß, daß in Bezug auf körperliche Reinlichkeit die Japaner an erster Stelle unter allen Kulturnationen stehen.

Weitere Nachrichten.

— **Zwei Kinder vom Blitz erschlagen.** Bei dem ersten diesjährigen Gewitter wurden in Reutenburg in Schwaben die beiden Kinder des Landwirts Grüner, die mit Strohaufladen beschäftigt waren, durch einen Blitz getötet.

— **Autounfall.** Gegen 3 Uhr morgens fuhr, den Breslauer Neuesten Nachrichten zufolge, auf der Landstraße Schweidnitz—Breslau in der Nähe von Zobten ein Kraftwagen an einer Wegbiegung in hoher Fahrt in den Straßengraben und wurde völlig zertrümmert. Die sechs Insassen des Wagens, darunter Geheimer Regierungsrat Dr. Ponfick-Berlin, kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Fahrtteilnehmer befanden sich auf der Rückfahrt von einer Wahlversammlung der Nationalliberalen Vereinigung in Schweidnitz.

Kleine Nachrichten.

Nach einer Blättermeldung aus München ist dort ein gewisser Günther Braun festgenommen worden, der in dem Verdacht steht, bei der Ermordung Rathenaus Beihilfe geleistet zu haben.

Der deutsche Konsul in Lugano besuchte die im Krankenhause in Bellinzona liegenden Opfer des Eisenbahnunglücks. Bei der Besprechung mit der Kantoner Polizei wurde festgestellt, daß immer noch einige Personen vermißt werden.

Der bayrische Ministerpräsident Dr. von Knilling hat an den Präsidenten des bayrischen Landtages Königsbauer ein Schreiben gerichtet, in dem er den Rücktritt des gesamten Ministeriums ankündigt, das aber bis zur Neubildung des Ministeriums die Geschäfte weiterführen werde.

Im Volksentscheid über Aenderung der badischen Verfassung wurden mit ja 8995, mit nein 28 119 Stimmen abgegeben. Die Ergebnisse von einigen Wahlbezirken fehlen noch.

In der Sitzung der Skuptschtina teilte Pasitsch die Gesamtdemission der serbischen Regierung mit. Der Ministerrat beschloß, alle ungarischen Organisationen im Lande zu verbieten.

Auf den Führer der Ortsgruppe der deutschen Volkspartei Zahnarzt Dr. Faltz in Berlin wurde ein Revolverattentat begangen. Dr. Faltz, der unverletzt blieb, war in letzter Zeit vielfach als Referent und Gegenredner aufgetreten. Anscheinend ist das Attentat von gegenpolitischer Seite zur Ausführung gebracht worden. Der Täter ist noch unbekannt.

Im gesamten bayrischen Baugewerbe wurden die Bauarbeiter ausgesperrt. Ueber die Ursache erfährt die Korrespondenz Hoffmann, daß der gefällte Schiedsspruch über die Arbeitszeit und Entlohnung der Arbeiter von der Arbeiterschaft nicht als bindend erachtet worden sei und der größte Teil der Arbeiter gestreikt habe.

Stimmen aus dem Leserkreise.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.

(Eingesandt.)

Kamen, 7. Mai (Wahl-Nachklänge). Bei einem Vergleich der Reichstags- und Gemeindewahlen in Kamen ergibt sich unter anderm folgendes interessante Faktum. Die Deutsche Volkspartei brachte für den Reichstag aus eigener Kraft 1004 Stimmen auf, neben ihr die deutschnationale Volkspartei 408 Stimmen. Bei der Gemeindewahl aber wurden für die gemeinsame Liste der beiden Parteien nur 944 Stimmen abgegeben, also noch 60 weniger, als die Deutsche Volkspartei bei der anderen Wahl für sich allein erzielte. Wo sind da die Deutschnationalen geblieben? Die Frage läßt sich aus dem vorliegenden Zahlenmaterial einigermaßen sicher beantworten. Rund die Hälfte ihrer Wähler sind bei der Wahl der Stadtverordneten zur sozial-völkischen Gruppe abgeschwenkt, die dadurch im Vergleich zu ihren Wahlstimmen für den Reichstag (219) um 200 Stimmen verstärkt wurde. Und die übrigen? Sie scheinen mit noch einigen Anhängern der Deutschen Volkspartei zu den Haus- und Grundbesitzern übergegangen zu sein. (Liste Rumpff—Eisenstädt). Die Sache entbehrt nicht einer gewissen Komik. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß die Volkspartei durch ihr Zusammengehen mit den Deutschnationalen irgend einen Vorteil erlangt hätte. W.

Vereinsnachrichten.

Kaiserau, 7. Mai. Die Theatergesellschaft „Frohsinn"-Kaiserau hielt am Sonntag, den 27. April, im Vereinslokal Frd. Schulz zu Kaiserau eine außerordentliche Versammlung ab. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre einen großen Bühnenwettstreit in zwei Klassen zu feiern, und zwar Samstag, den 21. Juni, und Sonntag, den 22. Juni. Samstag, den 21. Juni, werden nur dramatische Stücke aufgeführt, Sonntag, den 22. Juni, werden nur Singspiele aufgeführt. Zu diesem großen Zweiklassen-Wettstreit sind sämtliche Nachbarvereine eingeladen, der Delegiertentag findet am 25. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Frd. Schulz statt. Dieses diene den Vereinen zur Nachricht, die aus Versehen keine Einladung bekommen haben. Auch bitten wir die werten Vereine von Kaiserau, diese beiden Tage berücksichtigen zu wollen. (Alles Weitere wird noch in der Kamener Zeitung bekanntgegeben.)

Sport.

Kamen, 7. Mai. (Taubensport.) Die R.-V. „Rote Erde"-Kamen veranstaltete am vergangenen Sonntag ihren 2. Preisflug mit einjährigen Tieren ab Soelze (162 Klm.). Von den um 7 Uhr morgens aufgelassenen 186 Tauben traf die erste um 10.35 Uhr in Kaiserau ein, bei einer Fluggeschwindigkeit von 775 Metern in der Minute. Den 1. Preis errang die Taube Ring 2501. 23. 412 der Gebr. Böninger-Kaiserau. Um 10.57 Uhr wurde der Konkurs in Horstmar geschlossen, in Kamen um 10.45 Uhr. Wie am vergangenen Sonntag, so hatten die Tiere auch an diesem Sonntag mit starkem Gegenwind und Regen zu kämpfen. Manches gute Tiere wird auf der Strecke geblieben sein. Für nächsten Sonntag (Tour Isenbüttel [223 Klm.] mit allen Tieren) wünschen wir den Sportsfreunden gutes Reisewetter und besten Erfolg.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.
K. bedeutet Krammarkt. V. = Viehmarkt
M. = Kram- und Viehmarkt. Pf. = Pferdemarkt
Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag

Sonntag, 11. Mai: Marl V.
Montag, 12. Mai: Ottenstein K. V., Dortmund u. Hagen Schlachtv.
Dienstag, 13. Mai: Ahaus V., Altenberge K. V., Gescher K. V., Ibbenbüren K. V., Lichthellen V., Lüdinghausen K. V., Olfen K., Ostbevern V., Altenbeken V. Pf. Schw., Hausberge K. V. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Bielefeld V. Pf. Schw., Kaunitz K. V. Schw. Samen, Rüthen K. Schw., Niedermarsberg Schaf, Röhlinghausen V.
Mittwoch, 14. Mai: Bocholt K. V., Gladbeck V., Hopsten V., Rheine V., Warendorf V. Pf., Wüllen K. V., Rödinghausen K. V. Pf. Schw. Schaf Zieg., Dortmund Zuchtv. Faselv., Eickel Schw., Wickede K.
Donnerstag, 15. Mai: Borken V., Bottrop V., Burgsteinfurt Zuchtv. Pf., Recke K. V., Rahden Rindv. Schw., Wiedenbrück K. V. Schw., Recklinghausen V.
Freitag, 16. Mai: Lengerich K. V.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen spreche ich im Namen aller Angehörigen meinen innigsten Dank aus. 1379

Kamen, den 6. Mai 1924.

Albert Wiemer.



Dr. Thompson's Seifenpulver

trotz größter Waschkraft garantiert unschädlich!

Weddinghofen!

Am **Freitag, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr,** soll in der Wirtschaft Klute die

Grasnutzung

der Gemeinde-Gräben und -Wege öffentlich verpachtet werden. 1385

Weddinghofen, den 6. Mai 1924.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Bekanntmachung.

In das Handelsregister ist bei der Firma **Farbwerke Germania, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Kamen,** eingetragen:

a. beim Amtsgericht Kamen (H. R. B. Nr. 8) am 15. April 1924: Die Prokura der Kaufleute Brandt und Aßmann ist erloschen;
am 3. Mai 1924: Das Stammkapital ist um 70 000 Mark auf 350 000 Mark erhöht;

b. beim Amtsgericht Werden bei der dort eingetragenen Zweigniederlassung (H. R. B. 74)
am 22. 3. 1924: Die Zweigniedelassung ist nach Gelsenkirchen verlegt. Die Prokura des Johannes Damschen in Dortmund ist erloschen. 1378

Kamen, den 3. Mai 1924.

Das Amtsgericht.

Der eigene Arzt im Viehstalle

ist jeder Landwirt oder Siedler, der das Buch **„Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen"** besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre Dr. Griebel und Dr. Magerl sowie Dr. Gehrmann geben in dem Werke die Krankheitsanzeichen und notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor großen Verlusten im Viehstalle zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit über 100 Abbildungen und mit 3 farbigen zerlegbaren Modellen vom Pferd, der Kuh und dem Schwein ausgestattet 350 Seiten stark.

Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig. Das jedem Landwirt unentbehrliche Werk ist für nur 5 Mark vorrätig in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung,
Weststraße Nr. 10.

Henry Ford

„Mein Leben und Werk"

eine praktische Lösung der sozialen Frage, von dem amerikanischen Automobilkönig, dem reichsten Mann der Welt.

Vorrätig in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung



Durch sorgfältige Eispackung ist es mir möglich, auch bei wärmerer Witterung la. Ware zu liefern und empfehle zu Donnerstag: 1380

Schellfisch, mittel, Kabeljau o. Kopf, Goldbarsch, ferner geräuch. Seelachs.

Fr. P. Uhrmeister, Kirchstr. 10.

Empfehle **frische** 1382

Landbutter

Pfund **1,80 Mark.**

H. Hollmann, Rottstr. 17.

Erhältlich: Germania-Drogerie Heinr. Jacobi, Kamen u. Bergkamen.



Bitte Name, Adresse, Zahlenschloss

Kasten-wagen

gut erhalten, 1—2 spännig, verkauft 1383

Chr. Emde,
Ardey b. Langschede a. d. Ruhr.

Wer vorteilhaft kaufen will, lese täglich die Anzeigen in d. **Kamener Zeitg.**

Suche für sofort ein junges

Mädchen.

Frau Wwe. Eirringhaus,
Hammerstraße. 1374

Suche zum 15. Mai ein ehrliches, fleißiges 1384

Mädchen,

welches melken kann.

Landwirt E. Wischeloh,
Rottum bei Kamen.

Aelteres, erfahrenes 1386

Hausmädchen

nach Haspe bei Hagen für sofort gesucht.

Gasthaus zum Blauen Kreuz.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von 1142
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstr. 49
Sprechstunden: Dienstag und Freitags von 9 bis 6 Uhr.

Eine 3—4 Zimmer-

Wohnung

in Kamen, am liebsten in der Nähe des Bahnhofes, zu mieten gesucht. **Angebote unter Nr. 1310** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 1310

Künstler-Konzert

Donnerstag, den 8. Mai.

Café Linke

Anfang 7 Uhr.
Leitung: Fr. Rudzuck.
1381

Dortmunder Ritterbier

überall beliebt und bevorzugt.

Vertreter für Kamen und Umgegend

Karl Gössmann
Kamen **Tel. 297.**
1358



Geschäftshaus,

Weststraße 85, 1387

in bester Geschäftslage Kamens, zu verkaufen

Rudolf Saarbeck, Rottstraße 7.

1

steht fest: die Kamener Zeitung ist das beste Insertionsorgan für Kamen und alle umliegenden Gemeinden, weil die Kamener Zeitung in allen Kreisen und Schichten viel gelesen wird. Die Vereine benutzen die Kamener Zeitung für ihre Veranstaltungen, weil die Anzeigen stets volle Häuser bringen und die Insertionskosten dadurch — mehrfach gedeckt werden. —

Reichsausschuß für Aerzte und Krankenkassen.

Der durch Gesetz geschaffene, dem Reichsarbeitsministerium angegliederte Reichsausschuß für Aerzte und Krankenkassen hat in sechs Tagungen Richtlinien für die neuen Verträge zwischen Krankenkassen und Aerzten aufgestellt: die Hauptstreitfrage, diejenige des Arztsystems, ist nicht entschieden worden. Bei den einzelnen Kassen soll es bis auf weiteres bei dem Arztsystem verbleiben, das vor dem durch die Aerzte herbeigeführten vertragslosen Zustand, den die Krankenkassen mit Streik bezeichnen, bestand, soweit nicht die Krankenkassen während der Kampfzeit ein anderes Arztsystem verwirklicht haben. Die Vertreter der Krankenkassen in dem Reichsausschuß forderten mit Nachdruck eine Anpassung der ärztlichen Versorgung an die Not der Zeit, insbesondere eine weitgehende Minderung der Zahl der Aerzte bei unbeschränkter Zulassung der Aerzte zur Kassenpraxis, was sich durchführen lasse, ohne die berechtigten Interessen der kranken Versicherten im geringsten zu beeinträchtigen. Die Krankenkassen betonen, daß die Ueberzahl von Aerzten und der dadurch bedingte weitgehende Wettbewerb der Aerzte untereinander die Krankenkassen sehr erheblich schädige, was unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr ertragbar sei, da dem Wirtschaftsleben nicht mehr unnötige Aufwendungen für die Zwecke der Krankenversicherung zugemutet werden könnten. Die drei vom Reichsarbeitsminister bestellten Unparteiischen des Reichsausschusses haben grundsätzlich dieser Auffassung beigepflichtet. Ueber das Maß des Abbaues konnten sich jedoch die Unparteiischen untereinander nicht verständigen. Es ist deshalb in der Beziehung nur zu sehr beschränkten Beschlüssen gekommen: die Zahl der für die Krankenkassen tätigen Aerzte soll im allgemeinen nicht vergrößert werden. Bei Abgang können nur dann Aerzte an die Stelle treten, wenn sie eine Wartezeit, die im Durchschnitt zwei Jahre beträgt, zurückgelegt haben. Die Krankenkassen erklären einmütig, daß diese Festsetzung keine angemessene Regelung der Verhältnisse sei. Die Richtlinien des Reichsausschusses für Aerzte und Krankenkassen für die neuen Arztverträge helfen über den schwebenden Streit hinweg. Sie bringen aber nicht den Ausgleich: die Gegensätze bestehen unverändert fort und der Leipziger Aerzteverband kündigte neue Kämpfe an, wenn der neue Reichstag seine Forderungen durch Gesetz nicht verwirkliche.

Fristlose Entlassung eines Betriebsobmannes wegen Streikhetze in der Betriebsversammlung.

Dem Berggewerbegericht Dortmund, Kammer Gelsenkirchen, lag am 3. April 1924 ein Fall vor, der in mehrfacher Hinsicht von besonderem Interesse war. Ueber die rein arbeitsrechtliche Bedeutung hinaus interessierte die von dem entlassenen Kläger, einem Betriebsobmann, in einer ungenehmigten Betriebsversammlung aufgestellte Behauptung: Falls man in den Streik eintreten werde, würden die Erwerbslosen, so hätten diese erklärt, einen Teil ihrer Bezüge den Streikenden zur Verfügung stellen. . . . Diese für die Entscheidungsgründe des Berggewerbegerichts an sich unerhebliche Aufführung verdiente wirklich eine außergerichtliche Nachprüfung! Ein Streik, der zum Teil aus Mitteln der Erwerbslosen finanziert werden sollte, das wäre wohl der Clou der Streikverhetzung!

In den Entscheidungsgründen, mit denen das Gericht zu einer Abweisung des vom Arbeiterrat eingelegten Einspruchs gegen die fristlose Entlassung des Betriebsobmannes der Zeche Pluto-Thies kam, die vom Werk wegen „Verleitung der Mitarbeiter zum „Vertragsbruch und wegen unbefugten Verlassens der Arbeit" vorgenommen worden war, heißt es:

A. hat erwiesenermaßen am 15. 1. 1924, morgens, einen Anschlag an die Waschkauentür der Zeche angeheftet mit dem Wortlaut: „Vor der Anfahrt Belegschaftsversammlung." Von diesem Anschlag hat er der Betriebsleitung keine Kenntnis gegeben, obwohl gemäß § 46, Abs. 3 BRG. zu Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit die Zustimmung des Arbeitgebers erforderlich ist. In der darauf stattfindenden Belegschaftsversammlung hat A. nach eigenem Eingeständnis über den in Düsseldorf stattgehabten Betriebsrätekongreß berichtet und erklärt, daß dort der Generalstreik beschlossen worden sei. Er selbst habe sich ebenfalls für den Streik erklärt, weil seine Organisation für den Streik sei. Auf Einwendungen aus der Versammlung, daß keine Mittel für einen Streik vorhanden seien, hat A. erwidert, daß die Erwerbslosen sich bereit erklärt hätten, einen Teil ihrer Bezüge den Streikenden zur Verfügung zu stellen. Auf Grund dieser Rede hat sich ein großer Teil der Belegschaft zum Streik entschlossen und ist nicht angefahren. A. selbst hat ebenfalls die Arbeitsstelle verlassen; zu seiner Entschuldigung hat er angegeben, daß er zu seinem Vorgehen durch schwer bewaffnete Leute, die sich auf dem Zechenplatz befunden hätten, gezwungen worden sei. Durch zahlreiche Zeugenaussagen ist festgestellt worden, daß Bewaffnete sich nicht auf dem Zechenplatz befunden haben. Die fristlose Entlassung des A. ist demnach gerechtfertigt auf Grund des § 82, Ziffer 7 a. a. O. liege vor, weil A. seine Mitarbeiter zu einer Handlung verleitet hat, welche gegen die Gesetze und die guten Sitten verstößt. Wenn der Betriebsratsobmann einer großen Zeche in der Belegschaftsversammlung erklärt, daß er persönlich für den Streik sei und während seiner ganzen Rede darauf hinzielt, den Streik herbeizuführen, und wenn es ihm dadurch tatsächlich gelungen ist, einen großen Teil der Belegschaft von der Arbeit abzuhalten, so kann der Beklagten nicht zugemutet werden, einen solchen Arbeiter und dazu noch den Vorsitzenden des Betriebsrats, der nach § 66, Ziffer 1 und 3 BRG. für die Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen sorgen und den Betrieb vor Erschütterungen bewahren soll, noch weiter zu behalten. Es liegt daher auch ein wichtiger Grund im Sinne des § 83a des Allgemeinen Berggesetzes zur sofortigen Entlassung vor, weil A. Mitglied der Betriebsvertretung war und die einzelnen Bestimmungen des BRG. darauf abzielen, die Mitglieder möglichst für die ganze Zeit der Wahlperiode dem Betriebe zu erhalten. Sein Arbeitsverhältnis ist also von einer längeren Dauer und auf ihn trifft der Grund des § 83a des Allgemeinen Berggesetzes über die Kündigung wegen wichtigen Grundes zu, weil ein Arbeitsverhältnis von einer längeren Dauer als vier Wochen vorgesehen ist.

Republikanischer Eifer.

In England hatten die strengen Puritaner des 17. Jahrhunderts in ihrem republikanischen Eifer einen so entschiedenen Haß gegen alles Monarchische gefaßt, daß sie selbst in ihren Bibeln das Wort „König" nicht dulden wollten und durch den Ausdruck „bürgerliche Magistratsperson" ersetzen ließen. Statt erstes und zweites Buch der Könige lasen sie also erstes und zweites Buch der bürgerlichen Magistratspersonen. David, Salomo und andere berühmte Könige des alten Testaments wurden demnach von den englischen Republikanern zu Bürgermeistern degradiert. Zur Zeit von Cromwell's Protektorat erschien zu London ein theologisches Werk, dessen geistreicher Autor den sonst üblichen Ausdruck „Königreich des Himmels" in „Parlament des Himmels verwandelte.

Die Schwarzmeerküste durch Erdrutsch in schwerer Gefahr.

Großes Aufsehen erregen, wie der Ost-Expreß berichtet, die Mitteilungen, welche Professor Muschketow, der Rektor des Bergbauinstituts, einem Interviewer von der Iswjestija über die Erdrutschgefahr in Südrußland gemacht hat. Nach Meinung des Gelehrten ist nicht nur die Krim (von deren Gefährdung schon öfter die Rede war), sondern auch das ganze kaukasische Ufer des Schwarzen Meeres der Gefahr großer Erdrutsche und Küstenabbröcklungen ausgesetzt, die er einerseits durch die Gewalt des vordringenden Meeres, anderseits durch das Vorhandensein unterirdischer wasserführender Schichten erklärt. Die Hochwasser dieses Frühlings haben dann noch ein Uebriges zur Auflockerung des Bodens getan. Nach Muschketows Meinung sind alle berühmten Kurorte am Schwarzen Meer in großer Gefahr. Alupka zum Beispiel zeige schon eine so starke Senkung, daß man mit einem Absturz der ganzen Ortschaft ins Meer rechnen müsse. Ebenso sei der geplante Bau einer Eisenbahn an der kaukasischen Schwarzmeerküste undenkbar, wenn nicht vorher für die Befestigung des Küstensaumes gesorgt wird. Bisher sei aber weder hier noch überhaupt in irgendeinem der bedrohten Bezirke irgend etwas zur Sicherung unternommen worden. Da es sich um die schönsten Kurorte Rußlands handelt, und zu gleicher Zeit ähnlich drohende Erscheinungen bei Kijew und am Unterlauf der Wolga beobachtet werden, so werden diese Ausführungen eines Sachverständigen viel besprochen.

Deutschlands Fleischversorgung.

Der Stand der Fleischversorgung gibt in ganz besonderem Maße die Möglichkeit, den Hoch- oder Tiefstand der allgemeinen Lebenshaltung eines Volkes in der gemäßigten Zone zu beurteilen. Insbesondere trifft dies für Deutschland zu, welches in den Jahrzehnten bis zum Kriege eine stetige Steigerung des Fleischverbrauchs aufzuweisen hatte. Damals war der Fleischverbrauch in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung größer, als in den anderen mitteleuropäischen Ländern, und man konnte dieswohl als ein Zeichen des deutschen Wohlstandes auffassen. Heute liegen die Verhältnisse umgekehrt. Die Reparationssachverständigen hätten vielleicht nicht jene herausfordernde und nichtssagende Redensart gebraucht, daß durch die Durchführung ihrer Vorschläge die deutsche Lebenshaltung nicht unter das Niveau der Lebenshaltung in den anderen Kulturländern herabgedrückt werden solle, wenn sie sich über den Stand der deutschen Fleischversorgung im Jahre 1923 Rechenschaft abgelegt hätten. Das Jahr 1923 weist den niedrigsten Fleischverbrauch aus der inländischen Erzeugung auf, den wir jemals zu verzeichnen hatten. Die gewerblichen Schlachtungen sind bei voll ausgewachsenem Rindvieh auf etwa die Hälfte der Vorkriegsschlachtungen gesunken, das heißt von 2 428 620 auf 1 431 088 Stück, die Schlachtungen der Kälber von 3 707 335 auf 2 587 715 Stück und der Schweine von 16 429 408 auf 5 781 771 Stück. Konnte man im Jahre 1922 noch mit einem Rückgang der Zahl der Schlachtungen von durchschnittlich 25 Proz. rechnen, so war die Zahl der Schlachtungen im Jahre 1923 um rund 50 Proz. zurückgegangen.

Noch viel schlechter sieht aber das Bild der deutschen Fleischversorgung aus, wenn man bei Zugrundelegung der vom Reichsgesundheitsamt ermittelten Schlachtgewichte, die tatsächlich dem Konsum zugeführte Gesamtfleischmenge in Rücksicht zieht. Dann ist das Bild folgendes: 1913: 2 423 315 To., 1922 1 448 649 To., 1923 1 084 692 To. Die gesamte, aus den gewerblichen Schlachtungen zur Verfügung stehende Fleischmenge besserte sich also im Jahre 1922 auf rund 60 Proz. der Friedensmenge und sank 1923 bis auf 44,6 Proz. Das Bild wird noch wesentlich verändert, wenn man zur Beurteilung der gesamten Fleischversorgung auch noch die Einfuhr von Fleisch und Fetten aus dem Auslande berücksichtigt. Die absoluten Zahlen für die Einfuhr von Fleisch und Fetten waren: 1913 200 893 To., 1922 192 096 To. und 1923 294 595 To. Auch unter Einrechnung dieser Zahlen bleibt der Rückgang des deutschen Fleischverbrauches ganz gewaltig und findet nirgends in anderen Kulturländern der Welt auch nur annähernd einen Vergleich. Besonders bedauerlich ist es, daß innerhalb dieses Gesamtrückganges die Einfuhr auf Kosten der Eigenproduktion gestiegen ist. Die Erklärung dafür liegt in dem gleichzeitigen Rückgang der Einfuhr von Futtermitteln.

■

Die hohen Krankenkassenbeiträge.

Allgemein besteht das Bestreben, die Preise usw. zu senken auf den Stand vor dem Kriege. In vielen Beziehungen ist dies gelungen, in mancher Hinsicht aber noch nicht. So stehen auch die Beiträge für die Krankenkassen noch wesentlich über dem Stande vor dem Kriege. Nach der amtlichen Statistik erhoben von den gesamten Krankenkassen 1913: 21,3 v. H. einen Beitrag von 1½ v. H. vom durchschnittlichen Tagelohn, wobei 5 Mk. die Höchstgrenze war; 15,8 v. H. der Kassen einen Beitrag über 1½ bis 2 v. H. des durchschnittlichen Tagelohnes; über 2 bis 3 v. H. 40,7 v. H. der Kassen; über 3 bis 4½ v. H. 20,4 v. H. der Kassen, über 4½ bis 6 v. H 1,8 v. H. der Kassen. Man kann sagen, daß zurzeit die Krankenkassen vielfach noch das Doppelte der Sätze vor dem Kriege als Beiträge einfordern. Es ist daher verständlich, daß in weiten Kreisen Erregung gegen die Krankenkassen wegen der hohen Beiträge besteht. Ueber die Ursachen dieser hohen Beiträge wird von sachverständiger Seite folgendes festgestellt:

Bei den Krankenkassen besteht das sog. Umlageverfahren, d. h. an Beiträgen soll grundsätzlich nur soviel gefordert werden, als zur Deckung der laufenden Ausgaben erforderlich ist. Die laufenden Ausgaben der Krankenkassen sind aber zurzeit zu erheblichem Teile wesentlich höher als vor dem Kriege. Vor dem Kriege hatten wir ein blühendes Wirtschaftsleben. Zurzeit herrscht in weitem Umfange Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit. Die Löhne sind geringer als 1914. Die Beiträge der Kassen werden aber nach dem tatsächlich verdienten Lohne bemessen. Es ist auch eine alte Erfahrung, daß in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes die Zahl der Krankmeldungen bedeutend höher ist, als bei gutem Wirtschaftsstande. Die Krankenhauspflegesätze stehen weit über dem Stande vor dem Kriege. Die Arzneien u. dgl. kosten zum Teil auch mehr als 1914. Viele Kassen müssen feststellen, daß sie zurzeit das Doppelte, ja das Dreifache dessen an die Aerzte zahlen müssen, was sie 1914 an die Aerzte abgeführt haben. Den Krankenkassen war es infolge des Widerstandes der Aerzteorganisation nicht möglich, die ärztliche Versorgung der Not der Zeit gemäß zu gestalten. Weiter sind die Ausgaben der Krankenkassen wesentlich gesteigert worden durch Maßnahmen des Gesetzgebers, der die Leistungen der Krankenversicherung, namentlich auf dem Gebiete der Wochenhilfe, erheblich erweitert hat. Ferner ist die Heilfürsorge für die Kriegsbeschädigten den Krankenkassen übertragen worden, wobei das Reich nur beschränkt Ersatz leistet. Allerdings muß festgestellt werden, daß manche Krankenkassen die Beiträge ermäßigen könnten. Sie tun dies nicht, um zurzeit eine gewisse Rücklage anzusammeln, nachdem die Geldentwertung die früheren Rücklagen zunichte gemacht hat. Diese Auffassung kann nicht gebilligt werden: Bei der außerordentlichen Geldknappheit in dieser Zeit dürfen die Krankenkassen dem Wirtschaftsleben nur die zum laufenden Betrieb unbedingt erforderlichen Mittel entziehen und nicht ihrerseits Fonds ansammeln. Schließlich sei noch bemerkt, daß viele Ortskrankenkassen in Hinsicht auf Personalabbau noch manches tun können, um dadurch die Ausgaben zu beschränken. Allzu viel kann aber auch dadurch nicht gewonnen werden, denn so schlimm, wie es manchmal in der Oeffentlichkeit dargestellt wird, ist es mit dem Verwaltungsaufwand bei den Krankenkassen nicht bestellt. Endlich ist zu bedenken, daß die Krankenkassen die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge einziehen und an die dafür zuständigen Stellen abführen. Mit diesen Beiträgen haben die Krankenkassen nichts zu tun, sie dürfen nicht auf ihr Konto gesetzt werden. Eine gerechte Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse ergibt also, daß die Krankenkassen genötigt sind, verhältnismäßig hohe Beiträge für ihre Zwecke einzufordern.

#

Ein Bergmann als Heldentenor.

Vor einiger Zeit machte die etwas romanhaft anmutende Geschichte von der Entdeckung eines neuen Opernstars die Runde durch die deutschen Zeitungen. Es handelt sich um einen aufgehenden Stern am Kunsthimmel, dessen Schicksal in der Tat nicht alltäglich genannt werden kann. Der junge Sänger, Alfons Richard, ist geborener Westfale und war noch vor einem Jahre auf der Zeche „Konsolidation" unter Tage beschäftigt. Der Zufall machte ihn mit einem italienischen Ingenieur bekannt, der ihn, entzückt von der edlen Fülle des schönen Stimmaterials, sofort aus der Grube heraus nach Italien brachte. In Mailand, in der Schule des Maestro Carlozzi, machte der junge Künstler so schnelle und so bedeutende Fortschritte, daß er schon zu Anfang dieses Monats den Weg in die Oeffentlichkeit betreten konnte. Er hat zunächst vor einem ausgesuchten Kreise von Musikern und Pressevertretern gesungen mit dem Erfolg, daß die italienische Presse begeistert ist. „Avanti", „Corriere della Sera", „Popolo d'Italia" ergehen sich in Ausdrücken des höchsten Lobes und prophezeien dem Sänger eine glänzende Zukunft. Schon im nächsten Monat will Alfons Richard, dessen Schicksal so lebhaft an Bötel erinnert, der sich bekanntlich vom Droschkenkutscher zu einer Zierde an der deutschen Opernbühne auswirkte, vorübergehend in seine engere Heimat zurückkehren. Für den Monat Mai sind Konzerte in Essen und Köln geplant. Unmittelbar darauf will der junge Sänger sich nach Italien zur Vollendung seiner Studien zurückbegeben.



Radio im Auto-Omnibus.

Eine englische Auto-Omnibusgesellschaft in Hertford hat einige ihrer Wagen, welche größere Strecken in die Vororte zurücklegen, mit Radio-Lautsprechern ausgestattet. Die Passagiere haben so Gelegenheit, den Darbietungen des Londoner Rundfunks zu lauschen und über die oft langweilige Fahrt hinwegzukommen.

*

Nr. 107. 1924.

Für's Heim



Unterhaltungs-Beilage
der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Das Geheimnis von Treuenberg.

24. Fortsetzung. Roman von Anny von Panhuys. (Nachdruck verboten.)

Elisabeth zupfte an ihrer Stickerei herum, zog mit jähem Ruck den Arbeitsfaden so fest an, daß er riß.

„Lieber Justus," begann sie mit sehr lebhaft gefärbter Stimme, „ich bin ein paar Jahre älter als du und habe deine ersten Gehversuche beaufsichtigt. Du darfst dich mir gegenüber nicht in der Rolle eines Vormunds gefallen! Wollen wir uns verneinigen um Ursulas willen? Ich meine, ich stände dir näher!" Sie blickte auf die Stickerei nieder, die sie mit nervösen Händen zerknitterte, flüsterte dann hastig und doch klar und deutlich: „Wenn du so an, der auch mich überzeugen wird! Mich, deine Ursula Malzows überzeugt bist, tritt den Beweis an, dera uch mich überzeugen wird! Mich, deine Frau, deine Töchter, sowie Herbert — und nicht zuletzt dich selbst!" Ihre Lider hoben sich, die Augen unter der großen Hornbrille bannten mit überlegenem Ausdruck seinen Blick. „Du selbst bist nicht frei von Zweifeln, kannst es erst werden, wenn —"

Justus Rhoden wollte empört widersprechen und brachte es doch nicht fertig. Denn eigentlich hatte Elisabeth recht.

So sehr seine kühle Vernunft sich auch wehrte, wie im halben Unterbewußtsein trug er ein seltsames Fragen mit sich herum, das nicht schweigen wollte.

„Wodurch kann ich dich, und wenn du so willst, meinetwegen uns alle, überzeugen?"

Elisabeth vollendete jetzt ihren Satz.

„Das kannst du, wenn du die Marmorplatte abheben, und den darunterstehenden Sarg Bettina Rhodens öffnen läßt." Sie hatte Maria versprochen, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis man erfahren, was der Marmorsarkophag barg, jetzt galt es, nicht mehr locker zu lassen, sie fühlte, der Bruder schwankte schon ein wenig. Sie fuhr fort: „Wenn wir gesehen, daß eine Tote im Sarge liegt, will ich selbst Ursula meinen Aberglauben bekennen und sie um Verzeihung anflehen, will mich vor ihr demütigen, so tief du willst. Ihr alle hier auf Treuenberg mögt mich dann ausspotten und verlachen! Ich will alles gern über mich ergehen lassen, wenn ich dadurch die leisen Schauer los werde, die mich so oft in Ursulas Gegenwart überrieseln, als melde sich ein Fieber an." Sie endete fast heiser vor Erregung, diesmal ihr Ziel zu erreichen.

„Verschaffe uns allen Ruhe, ich setze gern dagegen den Preis ein, mich lächerlich zu machen."

Justus Rhoden vermochte es nicht, sich so schnell zu entscheiden.

Halb wollte es ihm bedünken, als fordere ihn seine Schwester auf, in einem Narrenstück mitzuspielen, halb schien ihm ihre Bitte berechtigt.

„Laß mich einige Tage darüber nachdenken," entschied er kurz und entzog sich allen weiteren Bitten und Verhandlungen durch überstürztes Verlassen des Zimmers.

Am gleichen Tage noch besprach er sich mit seinem Sohn, der ebenfalls zwischen einem Für und Wider schwankte und bei nächster Gelegenheit Malwina die Frage vorlegte.

Malwina war rasch mit sich einig, nach ihrer Meinung gab es überhaupt nur eine einzige richtige Lösung der Frage.

Herbert besann sich mit ihr allein im Balkonzimmer des Stranzschen Landhauses, das sich unweit der großen Siegeley inmitten eines Gartens erhob. Durch die offene Balkontür zog in breiten Wellen die reine Sommerluft gleich einem sanftem Strom, der alle Schwüchte aus unbekannten Weiten mit sich führte, gleich Boten überreich, gefüllt mit dem Verlangen nach Liebe und Glück, und tausend betörende Gefühlen, die jungen Herzen wie Lieder an den seligen Gefilden eines ewigen Frühling klingen.

Malwina nahm die Rechte ihres Liebsten preßte sie fest zwischen ihre kleinen hübsche Hände.

Ich bin der Ansicht, es bedarf gar keine Ueberlegens mehr, was ihr tun sollt. Vergeß Herbert, daß ich daran rühre, aber du hast Ursula einmal sehr lieb gehabt, glaubtest wenigstens sie zu lieben, und die anderen eurer Familie haben sie gern. Tante Elisabeths Gefühle will ich unberücksichtigt lassen, da man nie weiß, woran man mit ihr ist. Alles in allem es besteht kein Grund für euch, ihr Uebles anzutun!"

Er glaubte zu wissen, auf welches Ziel sie hinauswollte.

„Du meinst, es sei unrecht von uns, den Aberglauben in der Beziehung das geringste Zugeständnis zu machen, es sei für Ursula beleidigend?"

Malwina gab die Männerhand frei.

„Nein, mein Schatz, gerade das Gegenteil meine ich. Ich finde, ihr seid es der ahnungslose Ursula einfach schuldig, den Sarkophag zu öffnen damit allem weiteren Spukgeschwätz endgültig ein fester Riegel vorgeschoben wird. Ein für allemal. Eher geben Tante Elisabeth und Maria ja doch keine Ruhe. Sorgt dafür, daß sich die gesamte Familie davon überzeugt, daß Bettina Rhoden noch heute in der Krypta einer Kirchleins schläft, damit endlich das böse Gezischel hinter der schönen Frau ein Ende nimmt."

„Weißt du, Herbert," fuhr Malwina nach kurzem Nachdenken fort, „Ursula tut mir leid denn sieh, wenn Tante Elisabeth ihrer lebhaften Phantasie auch weiterhin freien Spielraum läßt bringt sie es noch fertig, Ursula all ihr Denken und Vermuten, kurz, die von ihr in Moderne übertragene Geschichte der schwarzschweigenden Frau vorzuwerfen. So weit dürfen ihr es nicht kommen lassen! Ursula sieht aus wie eine, die schon viel Leid kennt, ihr darf sie nicht zur Heldin einer Tragikomödie machen. Wenn du Ursula einen wahrhaft guten Dienst erweisen willst, so überrede deinen Vater, Tante Elisabeths Verlangen baldigst zu erfüllen!"

Herbert Rhoden hatte anfangs etwas verblüfft zugehört, doch noch ehe Malwina zu Ende

Leitspruch.

Nur rüstig schon am Morgen geschafft
Mit kräftigen Händen!
Hole mit urstarker Schaffenskraft
Gold aus lodernden Bränden.
Der Träge, der seine Kräfte spart,
Vergeudet in Wahrheit sein Leben;
Du mußt aus blühender Gegenwart
Der Zukunft die Früchte geben.

Otto Promber.

blau, unterkühlte Forellen und ganz gebratene Frankfurter Würstchen."

einerlei."

IN HAUS UND GARTEN

Die ersten Frühjahrstage stellen an die tüchtige Hausfrau die doppelten Anforderungen als sonst. In Haus und Garten ist wichtige Arbeit zu leisten. Im Gärtchen, auf dem Stück Land, das man vielleicht besitzt, muß umgegraben, gesät und gepflanzt werden. Und selbst dort, wenn nur auf dem Balkon oder Blumenbrett die landwirtschaftlichen und gärtnerischen Talente sich ausleben können, gibt es genug zu tun. Es läßt sich aber im garnierten Kleid nicht richtig arbeiten. Ueberall bleibt man hängen und beschmutzt sich, ärgert sich darüber und kommt zu keiner rationellen Leistung. Zweckmäßiger Anzug ist halbe Arbeit. Zudem sieht auch die Hausfrau in einem adretten Waschkleid viel hübscher und appetitlicher aus, so daß der heimkehrende Hausherr, wenn er sie noch bei der Arbeit findet, auch seine Freude haben wird. „Ja, aber ich muß doch meine Sachen auftragen, ich kann mir nichts Neues anschaffen," höre ich viele Damen entsetzt rufen. Gewiß, tragen Sie sie auf, aber geändert, das wird der fleißigen Selbstschneiderin ein Leichtes sein. Es lohnt auch die Mühe. Zur Arbeit aber nähe man sich ein einfaches Hauskleid aus Waschstoff; in zwei Stunden ist es zusammengenäht. Perkal und Zephir ist das gegebene Material und ist dieses Jahr in ganz modernen Karos und Streifenmustern zu haben. Die durchgehende Kittelform ist praktischer als Bluse und Rock, doch findet auch die Jumperbluse mit kurzem Aermel ihre Anhänger. Ein farbiger Gürtel, ein weißer Kragen, gelegentlich auch wohl eine bunte Borte genügen als Aufputz. Der weiße Kragen darf aber zierlich ausgebogt oder mit Zackenumrandung versehen sein. Viele Damen finden eine Kleiderschürze ideal für häusliche Verrichtungen. Damit auch sie etwas Neues finden, zeigen wir einige hübsche Schürzenmodelle. Auch die Schürze kann sich der Mode anpassen, sei es in Stoff oder Schnitt.

Anna L. Wedekind.

K 2019. Kleid mit Bluse in Jumperform. Großes Ullstein-Schnittmuster in Größe I u. II mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.

W 889. Kleiderschürze mit Passenärmel. Großes Ullstein-Schnittmuster in Größe I, II, III, V hierzu mit genauer Beschreibung erhältlich.

W 666. Arbeitskittel mit Schalkragen. Großes Ullstein-Schnittmuster in Größe I, II, III, IV hierzu m. genauer Beschreibung erhältlich.

K 2095. Kleid mit Schalkragen und Zackenverzierung. Großes Ullstein-Schnittmuster in Größe II, IV und VI hierzu erhältlich



17

K 1944. Arbeitskleid mit Vorderschluß. Großes Ullstein-Schnittmuster in Größe 15, I, II, III, IV, V, VI mit genauer Beschreib. erhältl.

W 203. Wirtschaftsschürze aus kariertem Stoff. Kleines Ullstein-Schnittmuster in Größe II und IV mit genauer Beschr. hierzu erh.

K 2301. Schlupfkleid mit gestickten Bordüren. Großer Ullstein-Schnitt in Größe I, II, III, bügelbares Handarbeitsmuster K 02301.

K 2169. Kleid aus kariertem Stoff mit Doppelrock. Großes Ullstein-Schnittmuster in Größe I, II und III mit genauer Beschreibung.